Nr. 198 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,10 Zł. | Dienstag, den 12. Dezember 1933

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Abonnement: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Ein Anarchistenputsch in Spanien

Belagerungszustand über ganz Spanien. Einsetzung des Militärs. Der Aufstand niedergeschlagen. Zahlreiche Tote und Verletzte. Massenverhaftungen von Anarchisten

Während des Zusammentritts des Parlaments ist es in verschiedenen Städten Spaniens zu anarchistischen Putschen gekommen, die von langer Hand vorbereitet waren und mit denen die Regierung gerechnet hat. Es handelt sich um eine Aufstandsbewegung der Anarchisten und Syndikalisten, insbesondere in den Provinzen Valencia und Bilbao, wo die Polizei sich nach Bombenangriffen zurückziehen musste, sodass zur Niederschlagung des Putsches reguläres Militär eingesetzt werden musste. Auf der Strecke Saragossa—Bilbao wurden die Schienen aufgerissen und ein Expresszug zur Entgleisung gebracht, gegen einen zweiten Schnellzug erfolgte ein Bombenanschlag. In der Provinz kam es zu blutigen Zwischenfällen, die Aufständischen bemächtigten sich zahlreicher öffentlicher Gebäude, die erst nach schweren Kämpfen durch Militär wieder zurückerobert werden konnten. Eine Reihe von Kirchen sind Opfer von Brandstiftungen geworden, auch zahlreiche Geschäfte wurden geplündert. Die Regierung erklärt Journalisten gegenüber, dass das Aufstandsgebiet gesäubert, das Heer völlig in der Hand der Offiziere sei, trotzdem die Anarchisten innerhalb des Militärs zahlreiche Anhänger besitzen. Bisher werden etwa 37 Tote und zahlreiche Verletzte gemeldet. Bei der Durchführung einer Razzia in Saragossa wurden etwa 200 Aufständische verhaftet, auch in anderen Ortschaften sind Verhaftungen von Anarchisten undSyndikalisten erfolgt, bei denen Aufrufe vorgefunden wurden, die besagen, dass die Revolution mit allem Privateigentum ein Ende bereite und zur Uebernahme der Fabriken auffordern, ferner wird gesagt, dass keine Autorität mehr anerkannt werde. Ein Militärmunitionslager ist in die Luft geflogen, ein Versuch, sich eines Waffenlagers zu bemächtigen, ist den Aufständischen fehlgeschlagen.

Amtlich wird Sonntags abends festgestellt, dass die Ruhe wieder hergestellt und das Aufstandsgebiet von den Putschisten gesäubert sei.

Zusammentritt der Cortes

Die Ergebnisse der Neuwahlen in Spanien stehen noch nicht fest, da die Wahl aller Kandidaten noch nachgeprüft werden muss. Zum Präsidenten der Cortes ist der Radikale Sant Jago Alba gewählt worden, die Regierungsbildung ist noch nicht vollzogen. Wie unterrichtete Kreise wissen wollen, besteht bei der Rechten nicht die Absicht, sich schon jetzt an der Regierung zu beteiligen, hingegen will man ein Kabinett Lerroux unterstützen, wenn es sich bereit erklärt, die Verfassung zu ändern und vor allem die Sozialgesetzgebung zurückzustellen. Ausserdem wird neben der Laienschule auch noch die Bekenntnisschule gefordert. Lerroux will nun ein Mittelkabinett bilden und seine Mehrheit teils bei der Rechten, teils bei der Linken suchen, da das Parlament selbst keine ausgesprochene Mehrheitsbildung gestattet.

Diktatur der Grossmächte?

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kündigt der Faschistische Rat in Rom eine Reform des Völkerbundes an. Anstelle der parlamentarischen Methoden des Genfer Bundes der Nationen, soll die Diktatur der Grossmächte treten, wobei es nebensächlich ist, ob die kleineren Staaten mitmachen wollen oder nicht. Rom will lediglich bemüht sein, Amerika und Russland in den Völkerbund einzubeziehen, Japan und Deutschland die feierliche Rückkehr zu ermöglichen. Anstelle der Kontrolle der Weltpolitik durch die öffentliche Meinung, soll wieder die Geheimdiplomatie treten, deren einziger Verdienst in der heutigen Welt eben die Weltkatastrophe von 1914 bis 1918 ist, und aus ihr ist der Versailler Vertrag entstanden, der wiederum Geburtshelfer des Völkerbundes ist, aber zugleich auch sein Totengräber, weil die verkalkte Geheimdiplomatie nur ihre „Erfolge" aus den Friedensverträgen sah, nicht aber die katastrophalen Folgen, die dem Faschismus Tür und Tor öffneten und durch die Beseitigung demokratischer Beziehungen innerhalb der Völker zu einem neuen Völkermorden treiben. Nur, weil die Geheimdiplomatie unfähig war, die Zeichen der Zeit zu verstehen, steht sie heute an einem Wendepunkt, der zu einem neuen Weltenbrand führen muss, wenn die Demokratien Englands, Frankreichs und Amerikas nicht fähig sind, den Faschisten alle Revisionsbestrebungen zu durchkreuzen.

Man könnte auch sagen, es geht um Frankreichs Kopf, welches solange an dem Versailler Friedensvertrag festgehalten hat, dass er ihm selbst zur Gefahr wurde. Der Faschismus unter Führung des Duce Mussolini, weiss, dass er die Oeffentlichkeit immer wieder beschäftigen muss, wenn die Welt von der kritischen Wirtschaftslage in Italien selbst abgelenkt werden soll. Und das gleiche Bestreben sehen wir auch im deutschen Faschismus, indem Hitler die aussenpolitischen Probleme benutzt, um den inneren Demonstrationsdrang der Massen abzuwenden, die inneren Schwierigkeiten Deutschlands zu verhüllen. Und Berlin ist ein gefügiges Werkzeug in den Händen Mussolinis. Das muss einmal mit aller Klarheit ausgesprochen werden, dass der Faschismus die grösste Kriegsgefahr für Europa ist. Nur Ueberraschungen, keine sachlich überlegte Politik, stehen als Anfang aller faschistischen Politik. Und darum auch die Ueberraschung des Ultimatums des Grossen Faschistenrates gegenüber dem Völkerbund. Noch am Montag liess Italien amtlich seiner Presse mitteilen, dass es nicht die Absicht Italiens sei, aus dem Völkerbund auszuscheiden. Aber am Mittwoch trat unter Mussolinis Führung der Grosse Faschistenrat zusammen und stellt an Genf das Ultimatum, entweder eine Reform des Völkerbundes vorzunehmen oder, das Verbleiben Italiens in diesem „Bund der Nationen" sei unmöglich.

Wie in allen seinen Handlungen, geht der Faschismus in seinen Zielen aufs Ganze. Man wird die Berechtigung der Reform des Völkerbundes mit keinem ablehnen können. Nur auf die Methoden kommt es an, wie mans schafft. Als Stresemann zum Beispiel auf der Madrider Tagung des Völkerbundes eine Abänderung der Prozedur der Völkerbundsarbeiten in der Minderheitsfrage forderte, war es Italien, welches diese Reform unterbunden hat. Heute fordert man diese Prozedur auf der ganzen Linie in allen Völkerbundsfragen. Aber nicht auf die Form kommt es an, sondern auf das Ziel. Und hier will Italien die kleinen Staaten völlig ausschalten und die Führung des Völkerbundes den Grossmächten überlassen, die kleinen Staaten sollten nur noch die Attrappen der Politik der Grossmächte sein. Dann soll der Völkerbund von allen Bindungen der Friedensverträge befreit werden, eine überaus berechtigte Forderung, nur sollte Italien damit einige Jahre früher kommen. Wenn man ferner eine Pro-

Zusammentritt des Sejms

Beginn der Parlamentstätigkeit. — Zusatzkredite zum Budget gefordert. — Interpellation betreffend der Selbstverwaltungswahlen.

Der Sejm tritt am Montag Nachmittag zu seiner ordentlichen Tagung zusammen. Die Session ist bis zum Budgetabschluss berechnet, soll aber bereits am 19. Dezember unterbrochen werden. Die Regierung bringt eine Reihe von Projekten ein, unter anderem auch die Nachbewilligung von Krediten für das diesjährige Budget, ausserdem Abänderungsanträge zum Umsatzfonds und zur Agrarreform. Allgemein wird erwartet, dass der Regierungsblock gegen Ende der Session auch sein Gesetzesprojekt, betreffend die Verfassungsreform, einbringt. Man wird sofort in die Beratungen des Budgets eintreten und will den grössten Teil der Arbeiten noch vor den Weihnachtsfeiertagen erledigen.

Wie es heisst, will die Volkspartei in einer der nächsten Sitzungen eine Interpellation, betreffend der Vorkommnisse bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften, einbringen. Ausserdem werden seitens der Opposition eine Reihe von Anfragen an die Regierung erwartet, die insbesondere die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit betreffen. Mit irgendwelchen Ueberraschungen wird nicht gerechnet, da ja die Regierungsmehrheit von ihren Befugnissen weitgehenden Gebrauch machen wird und es wahrscheinlich auch zu verhindern wissen wird, dass die Opposition überhaupt von der Sejmtribüne Kritik an den Regierungshandlungen üben kann.

Rosenberg kommentiert!

Die Fühlungnahme Litwinows bei seinem Berliner Aufenthalt mit deutschen Regierungsstellen, war sehr kühl und ging nicht über die diplomatischen Höflichkeiten hinaus. Im „Völkischen Beobachter" ergreift zu dieser Frage Alfred Rosenberg, der aussenpolitische Berater Hitlers, das Wort, um den Sowjets gegenüber zu erklären, dass die Niederringung des Kommunismus in Deutschland, keineswegs die deutsch-russischen Beziehungen zu berühren braucht. Russland müsse verstehen, dass der Kampf gegen den Marxismus eine innere Angelegenheit Deutschlands sei und dass Deutschland nach, wie vor, gute Beziehungen zu Moskau wünsche.

Paul Boncour kommt nach Warschau

Pariser diplomatische Kreise wollen wissen, dass sich der französische Aussenminister Paul Boncour noch im Dezember nach Prag und Warschau begeben wird, um hier wichtige politische Besprechungen abzuhalten. Die Reise Paul Boncours soll auch nach Belgrad und Bukarest fortgesetzt werden und in erster Linie die Bündnispolitik Frankreichs zur Kleinen Entente festigen. Es wird betont, dass Frankreich nicht daran denke, die Viermächtebesprechungen aufzunehmen und seine Bundesgenossen von den direkten Verhandlungen auszuschliessen.

Bessere Aussichten für das französische Kabinett?

Die Sozialisten verlassen die Kammer.

Bei der Besprechung der Finanzvorlage liess die Regierung Chautemps eine Reihe sozialistischer Anträge durch die Rechte zum Fall bringen, worauf die Sozialisten die Kammer verliessen, da sie an diesem Theater keinen Anteil haben wollen. Mit Hilfe der Neosozialisten hat daraufhin die Kammer die Kürzung der Beamtengehälter durchgesetzt, nachdem die Neosozialisten erklärten, es durch die Abstimmung nicht zu einem Kabinettssturz ankommen zu lassen. Bei der Abstimmung erhielt die Regierung dann das Vertrauensvotum mit 345 gegen 158 Stimmen ausgesprochen. Die Regierung Chautemps ist damit für einige Zeit gerettet, was wohl in erster Linie den aussenpolitischen Spannungen in Europa zuzuschreiben ist.

Amerika lehnt ab

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen Italiens, eine Reform des Völkerbundes durchzuführen und dann Amerika und Russland in den Bund der Nationen einzubeziehen, wird jetzt aus Washington gemeldet, dass amerikanische Regierungskreise nicht daran denken, in diesen Völkerbund einzutreten. Amerika ist bereit, am Frieden mitzuarbeiten, müsse es aber nach, wie vor, ablehnen, sich in europäische Fragen zu mischen und etwa irgendeine Verantwortung zu übernehmen.

zedur von weniger Reden und mehr Taten fordert, so ist das nur zu begrüssen ‚wenn Italien selbst nicht bei jeder Gelegenheit durch seine Delegierten reden lässt und dann die Taten einfach verhindert, wie es früher in deutschen Fragen und auch bei der Behandlung der mandschurischen Frage der Fall war.

Nun, der Stein ist im Rollen. Man wird an einer gründlichen Reform des Völkerbundes kaum mehr vorbei können. Es ist auch kaum anzunehmen, dass der Völkerbund im Zeichen der faschistischen Diktatur eine Organisation des Friedens oder gar die Abrüstung zustande bringt. Jetzt wird es an Frankreich und England liegen, wie sie, unter Aufgabe der Friedensverträge, auf eine Organisation der Demokratie in Europa übergehen, wobei es in erster Linie auf eine Revision der bisherigen Politik ankommt. Das, was Mussolini mit der Reorganisation des Völkerbundes plant, ist die Diktatur der Grossmächte, jener Bündnispolitik, die die Weltkatastrophe von 1914—1918 herbeiführte, dass die kleinen Staaten jetzt wieder die Opfer sein sollen, ist mehr als deutlich. Die Demokratie gegen den Faschismus, das sind in Wirklichkeit die Pläne, die es heute zu verwirklichen gibt. Sonst geht der Faschismus zur Offensive über und wird auch die Strömungen der Demokratie in Frankreich und England und nicht zuletzt in den kleineren Staaten, überrennen.

Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Reorganisation des IGB. Kampf um die Vierzigstundenwoche. Die Lage der Gewerkschaften

Unter dem Vorsitz von W. M. Citrine trat am 29. und 30. November 1933 in Paris der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu einer ordentlichen Sitzung zusammen, der die Genossen Jacobsen, Jouhaux, Mertens, Schorsch, Teyerle, Generalsekretär Schevenels, Untersekretär Stolz sowie — als Vertreter der Internationale der Privatangestellten — G. J. A. Smit jr. beiwohnten.

Reorganisation des IGB: Der Generalsekretär unterbreitete dem Vorstand die von einer Unterkommission (Citrine, Jouhaux, Schevenels) ausgearbeiteten Vorschläge über die durch die Verlegung des Sitzes von Berlin nach Paris veranlasste Reorganisation und den struktuellen Umbau des IGB sowie die Zusammenarbeit mit den Internationalen Berufssekretariaten (IBS). Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, die Vorschläge den Landeszentralen und IBS zu unterbreiten. Sobald die Resultate dieser Erhebung bekannt sein werden, wird die Besprechung des Problems fortgesetzt werden. Im gleichen Zusammenhang traf der Vorstand allgemeine Spaarmassnahmen, die die Kontinuität der Arbeit des IGB gewährleisten und gleichzeitig ein finanzielles Gleichgewicht sichern können.

Kampagne zugunsten der 40-Stunden-Woche. Der Vorstand befasste sich mit der Organisation der vor kurzem für die Zeit vom 14. bis 21. Januar 1934 beschlossenen Propagandawoche sowie mit den Einzelheiten der allgemeinen Kampagne zugunsten der 40-Stundenwoche. Er prüfte die bis jetzt eingegangenen Entwürfe eines Wettbewerbes für Plakate und Marken für die Propagierung der 40-Stunden-Woche und traf seine Wahl in Bezug auf die Propagandamarken, die sofort in allen Ländern verbreitet werden sollen. Der Beschluss wird später gefasst werden.

Sozialpolitische Richtlinien: Der Vorstand genehmigte den endgültigen Text der vom Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel im Juli dieses Jahres angenommenen Sozialpolitischen Richtlinien.

Erhebung über die Arbeitsbedingungen in Finnland, Polen, Estland, Lettland und Danzig: Der Vorstand nahm Kenntnis von der Erhebung über die Löhne und anderen Arbeitsbedingungen der Holz- und Papierindustrie sowie in der Handelsschiffahrt in Finnland, Polen, Estland, Lettland und Danzig. Der Vorstand sprach über die erzielten Resultate seine Befriedigung aus.

Lage in Oesterreich: Der Vorstand befasste sich sehr eingehend mit der Lage in Oesterreich. Nach der Beschlussfassung über verschiedene Massnahmen wurde der Generalsekretär beauftragt, die eingeleitete Aktion in diesem Sinne fortzusetzen.

Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder: Die Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder wird im Jahre 1934 vom 25. September bis 1. Oktober im Zusammenhang mit der Jahrhundertfeier zur Erinnerung an die vor hundert Jahren wegen des Versuchs der Errichtung von Gewerkschaften zu langjähriger Deportation verurteilten „Dorsetshire Labourer" in Dorchester (England) stattfinden.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 31. Januar und 1. Februar in Paris statt.

Berlin — Paris

Die Reichsregierung hat dem englischen Botschafter dieser Tage erklärt, das es jetzt an Frankreich liege, die Verhandlungen aufzunehmen und Deutschland Vorschläge zu unterbreiten. Französische politische Kreise sind der Meinung, dass ihrerseits kein Anlass vorliegt, Deutschlands Forderungen zu berücksichtigen, solange man in Berlin mit Aufrüstungen droht. Nunmehr werden deutscherseits Bedingungen bekannt, unter denen eine deutsch-französische Verständigung möglich wäre. Deutschland fordert die Rückgabe des Saargebiets ohne Abstimmung, ferner die Erhöhung seines bisherigen Militärstandes, weiter soll Deutschland gestattet werden, alle die Waffen bei seinen Heeresformationen einzuführen, die der Versailler Vertrag verbietet. Ohne diese Zugeständnisse habe es keinen Sinn, in politische Unterhandlungen einzugehen. Wenn auf dieser Grundlage Verhandlungen aufgenommen werden sollen, so kann man mit Sicherheit rechnen, dass sie überhaupt nicht in Gang kommen, weil beide Teile sich auf einen ultimativen Ton einstellen, der gewiss nicht zur Verständigung beitragen kann.

Polnischer Protest in Danzig

Der polnische Vertreter interwenierte beim **Danziger Senat** und machte darauf aufmerksam, dass die vor kurzem erfolgte Erklärung des Senats-Vizepräsidenten Greiser eine Verletzung der Rechte der polnischen Bevölkerung in Danzig bedeutet und im Widerspruch mit den wirtschaftlichen Interessen Polens in der Freien Stadt steht.

Faschistischer Vorstoss in Estland

Der estnische Freiheitsbund, eine faschistische Organisation, hat jetzt der Regierung eine Gesetzesvorlage unterbreitet, in welcher er das Verbot aller marxistischen Parteien und die Beschlagnahme ihres Vermögens fordert. Bekanntlich ist dieser Tage die kommunistische Partei aufgelöst und die sieben Abgeordneten nach Aufhebung ihrer Immunität verhaftet worden. Nunmehr soll auch der sozialdemokratischen Partei das gleiche Schicksal beschieden sein. Es hat den Eindruck, dass die estnische Regierung den Vormarsch des Faschismus fürchtet und zu solchen antimarxistischen Konzessionen bereit sein wird.

Ein Sozialdemokrat Präsident des Schweizer Nationalrats

Die Wintersession der Schweizer Bundesversammlung wurde am Donnerstag feierlich eröffnet. Der Einzug des, während zweier Sessionen des Bundesrates ausgeschlossenen jetzigen Staatsrates und Regierungspräsidenten von Genf, Nicole, in den Ratssaal, gestaltete sich zu einer prächtigen Demonstration für die Sozialdemokratie und wurde mit allgemeiner Spannung erwartet.

Schon in den Morgenstunden hatte sich eine grosse Menge von Menschen vor dem Bundeshaus angesammelt. Ein grosses Polizeiaufgebot war zusammengezogen worden. Nicole, der mit etwa fünfzig seiner Freunde in Automobilen erschien, wurde von der Menge lebhaft gefeiert. In der Bundesratsversammlung wurde dann der bisherige Vicevorsitzende Huber, Sozialdemokrat, zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

Aus dem roten Lausanne

Eine dieser Tage im Volkshaus Lausanne statt gefundene Versammlung der sozialdemokratischen Partei beschloss nach orientierenden Referaten von Parteipräsident Maret und Sekretär Würgler, drei von den fünf Gemeinderatssitzen zu beanspruchen und den Stadtpräsidenten zu stellen. Arthur Maret wurde zum ersten sozialistischen Bürgermeister von Lausanne auserkoren.

Benesch in Paris

Der tschechische Aussenminister Benesch ist nach Paris eingeladen worden, um über die Politik der Kleinen Entente ausführlichen Bericht zu erstatten. Man nimmt an, dass sein Besuch in erster Linie der Festigung der Beziehungen zu Frankreich gilt. Durch den Vorstoss Italiens gegen den Völkerbund ist die Genfer Institution in Gefahr geraten, ausgeschaltet zu werden und damit ist auch Frankreichs Position in der europäischen Politik ein wenig isoliert. In diesem Zusammenhang steht auch die scharfe Ablehnung Prags, gegenüber der Aufnahme direkter Besprechungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, die dieser Tage in diplomatischen Kreisen das grösste Aufsehen erregte.

Er will nicht in die Hitlerhölle

Zwischen dem SA-Mann Flesch und dem Arbeiter Hans Malter kam es zu einem persönlichen Streit, in dessen Verlauf Malter den SA-Mann niederschoss. Als Polizei Malter in der Wohnung am Freitag verhaften wollte, wehrte sich Malter und feuerte seine Pistole gegen die Schupo. Ein Beamter war sofort tot, die zwei anderen wurden schwerverletzt und ins Krankenhaus gebracht. Es gelang Malter, zu fliehen, auf seinen Kopf wird eine Prämie von 1000 Mark gesetzt. Malter wollte sich selbst der Polizei stellen, befürchtete aber, im Gefängnis gemartert zu werden. Er will eben nicht in die Hölle Hitlers.

Die Verhandlungen Dollfuss-Winkler vertagt

Aus Wien wird berichtet, dass die Verhandlungen zwischen der Regierung Dollfuss und dem Landbund infolge der gegenseitigen Erklärungen ins Stocken geraten sind. Aber es steht fest, dass hinter den Kulisen Besprechungen von vertrauten Personen fortgeführt werden, um eine Regierungsumbildung herbeizuführen und dem Kabinett Dollfuss eine breitere Basis zu sichern, die dann auch die Verfassungsreform ermöglichen soll. Offiziell heisst es, dass die Verhandlungen Dollfuss—Winkler auf einige Zeit vertagt worden sind.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

30

„Ich erinnere mich eines Schweden, der vor zwanzig Jahren verrückt wurde. Das war vor Ihrer Zeit, Herr Direktor. Er hatte einen Mann in einem Streit um fünfundzwanzig Cent getötet und bekam lebenslängliches Zuchthaus dafür. Er war Koch von Beruf. Er wurde gläubig. Er sagte, ein feuriger Wagen käme und führe direkt in den Himmel mit ihm, und er setzte sich auf den Ofen, auf den rotglühenden Rost, und sang Psalmen und Hosianna, während er kochte. Sie zogen ihn herunter, aber zwei Tage darauf starb er im Hospital. Er war bis auf die Knochen gebraten, aber er schwor, dass er nichts davon gemerkt hätte. Nicht die geringste Klage konnten wir aus ihm herausbringen."

„Aber Standing werden wir schon dazu bringen, dass er klagt", sagte der Direktor.

„Wenn sie ihrer Sache so sicher sind, warum gehen Sie dann nicht auf meinen Vorschlag ein?" sagte ich herausfordernd.

Der Direktor war so wütend, dass meine Idee lächerlich gewesen wäre, würde meine Situation nicht schon im Voraus so verzweifelt gewesen sein. Sein Gesicht war verzerrt. Er ballte die Fäuste, und es sah aus, als wollte er sich auf mich stürzen und mich verprügeln. Aber er nahm sich zusammen.

„Schön, Standing", knurrte er. „Ich gehe darauf ein. Aber du kannst dich darauf verlassen, du sollst etwas erleben, um nach den zehn Tagen noch lächeln zu können. Dreht ihn um, Jungens, und schnürt ihn, dass ihr die Rippen krachen hört. Hutchins, zeig, was du taugst."

Und so rollten sie mich auf den Bauch und schnürten mich ein, wie sie es noch nie mit mir gemacht hatten. Hutchins zeigte wirklich, was er taugte. Ich versuchte, so viel Raum wie möglich zwischen dem Segelleinen und mir zu gewinnen. Nur äusserst wenig war es, denn ich hatte nicht mehr viel Fleisch am Körper und meine Muskeln waren die reinen Schnüre. Ich hatte weder die Kraft noch den Körperumfang, um mehr als eine ganze Kleinigkeit zu gewinnen, und ich schwöre, dass ich das nur erreichte, indem ich meine Knochen an den Gelenken spreizte, und selbst das elende bisschen nahm Hutchins mir. Er kannte selbst aus Erfahrung alle die Tricks, die man benutzen kann.

Er war eine geborene Sklavenseele — oder auch ein Wesen, das einst ein Mann gewesen, aber durch das Gefängnis geknickt war. Er besass zehnoder zwölftausend Dollar und hatte die Aussicht auf seine Freiheit, wenn er Order parierte. Später erfuhr ich, dass ein Mädchen ihm treu geblieben war und auf ihn wartete. Es erklärt vieles, wenn Frauen im Spiele sind.

Wenn je ein Mann mit kalter Ueberlegung einen Mord beging, dann war es Hutchins an dem Morgen in der Zelle auf Befehl des Direktors. Er raubte mir das elende bisschen Spielraum, dass ich mir erschlichen hatte. Und als er es mir geraubt hatte, war mein Körper ganz wehrlos, und den Fuss auf meinen Rücken gestemmt, zog er den Strick durch die Oesen und schnürte mich ein, wie noch kein anderer es je hatte tun können.

So fest wurde mein elender Körper eingeschnürt, und so furchtbar war der Druck auf meine inneren Organe, dass ich mir gleich darüber klar war, dass der Tod nahe war. Und doch besass ich das Gnadengeschenk des Glaubens. Ich glaubte nicht, dass ich sterben sollte. Ich wusste — ich sage, dass ich wusste —, dass ich nicht sterben sollte. Alles war Nebel vor mir — das Blut hämmerte mir vor den Nägeln meiner Zehen bis zu den Haarwurzeln auf meinem Kopfe.

„Na — das ist ganz hübsch fest,‚ musste Jamie widerstrebend einräumen.

„Den Teufel ist es", sagte Doktor Jackson. „Ich sage Ihnen ja, dass nichts ihn umbringen kann. Wenn es mit rechten Dingen zuginge, müsste er schon längst krepiert sein."

Es glückte Direktor Atherton mit grosser Schwierigkeit, einen Finger zwischen meinen Rükken und den Strick zu stecken. Er stemmte mir seinen Fuss auf den Rücken, aber obwohl er sein ganzes Gewicht hineinlegte, konnte er den Strick auch nicht den Bruchteil zu ziehen.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Vom Siegestaumel zum Katzenjammer

Wer erinnert sich nicht des Freundengeheuls der deutschen und polnischen Spiesser, als im März dieses Jahres die deutsche Arbeiterbewegung durch den Hitlerbanditismus unterdrückt, ihres Vermögens gewaltsam beraubt und ihre besten Funktionäre in die Konzentrationslager geschickt wurden. Ueberall machte sich die „nationale Bewegung" bemerkbar. In das Freudengeheul stimmte auch die polnische Presse ein, besonders, da es galt, das Ende des Marxismus festzustellen. Aber wie kurz dauerte die Freude, nachdem in Schweden und Dänemark bei den Wahlen die Marxisten sich als sehr lebensfähig erwiesen haben, in England die Arbeiterpartei auf dem Vormarsch ist, in Norwegen die Mehrheit der Parlamentssitze erobert wurde, in Schweiz Wochen hindurch Erfolg auf Erfolg zu verzeichnen ist. Wir haben damals hier dargelegt, dass alle Freude der Spiesser darüber nicht hinweg täuschen kann, dass sich innerhalb der bürgerlichen Parteien selbst ein tiefer Riss vollzieht, den man eben mit dem Kampf gegen den Marxismus verdunkeln will.

Und es kam alles viel schneller, als sich die Spiesser hätten träumen lasen. Fangen wir bei den deutschen Volksgemeinschaften an. Tag um Tag wusste man von Massenzulauf zu der „Deutschen Partei" und den „Jungdeutschen" zu berichten. Dann entspann sich ein Korruptionskampf innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft, dass die Polen ihre helle Freude daran haben, wie es mit der deutschen Einigkeit bestellt ist. Heute quittieren Deutsche Partei und Jungdeutsche einander, dass sie Verleumder und Totengräber des Volkstums in der Wojewodschaft sind. Der Kampf um die Futterkrippen geht noch weiter, er wird in der Sprengung des Deutschen Volksbundes enden, der diesmal gegen die Jungdeutschen keine Völkerbundsbeschwerde machen kann und auch der „liebe, unser Calonder" an dieser deutschen Schmutzwäsche nichts ändern kann, auch die Bekenntnisse zum Nationalsozialismus dieser „urdeutschen" Richtungen werden an dem völligen Zusammenbruch nichts ändern, ihre Zeit ist vorbei, da mögen sie noch so laut von der Volksgemeinschaft reden, sie ist zu Grabe getragen, noch bevor sie die Taufe erhielt.

Nicht besser ist es im polnischen Lager bestellt. Da gibt es nur noch eine Rettungsaktion in farbigen Hemden, durch die das Vaterland saniert, die Parteien zur Einheitsfront zusammengeschlossen werden sollen. Darum predigt die Sanacjapresse täglich vom Zerfall des Korfantylagers, welches ihnen wiederum quittiert, dass man die Gewerkschaften kapern muss, um sich auf die Massen stützen zu können. Hier ist der Zersetzungsprozess noch im Werden und man muss abwarten, welche Wege er noch einschlagen wird. Die Nationale Arbeiterpartei hat durch den Austritt ihres Führers eine Krise hervorgerufen, die mit der Aufsaugung der Polnischen Berufsvereinigung in die Federacja Pracy enden wird und wahrscheinlich dann mit dem Zusammenschluss der NPR mit einem Teil des Korfantyflügels, ob als Opposition oder gleichgeschaltet zur Sanacja, steht noch heute aus. Die Sanatoren sind im Augenblick auf dem Siegeszug, aber auch hier „reinigt" man, um nur hundertprozentige Sanatoren zu behalten.

So endet der Kampf gegen den Marxismus, den die bürgerliche Presse aller Schattierungen seit Monaten ankündigt, im Verfall der eigenen Parteien, weil sie der Krisenwende mit ihren überlebten Programmen nicht beikommen können. Wenn die Arbeiterschaft aus diesen Erfahrungen lernt, dann kann ihr der Weg vom Siegestaumel zum Katzenjammer erspart bleiben, den die Spiesser aller Nationen jetzt durchleben.

Erhebliche Reduktionen des Schlesischen Budgets

68 statt 75 Millionen Złoty

Wie die Presse zu berichten weiss, wurden die Arbeiten am schlesischen Budget durch die Behörden bereits aufgenommen. Die Wirtschaftskrise ist auch auf die Steuergestaltung der Wojewodschaft nicht ohne nachteilige Folgen geblieben. Während das Budget 1933/34 noch 75 Millionen Złoty betrug, wird das Budget für das kommende Jahr etwa 68 Millionen betragen, sodass an allen Positionen erhebliche Sparmassnahmen durchgeführt werden müssen. Sollte sich die Gesamtlage in der Zwischenzeit, bis der Sejm das Budget beraten wird, noch verschlechtern, so ist auch noch mit einer weiteren Reduzierung zu rechnen.

30-jähriges Jubiläum des Kattowitzer Ortsvereins der D. S. A. P.

Am Sonntag, den 17. Dezember nachmittags 4 Uhr, findet im Centralhotel in Kattowitz, anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Ortsvereins der D. S. A. P. eine Feier statt. Alle Genossinnen, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, sowie Angehörige der Kulturvereine sind herzlichst eingeladen.



Kampf dem Faschismus!

Deutsche und polnische Arbeiter in gemeinsamer Abwehrfront. — Bekenntnis zum Sozialismus. — Für Feiheit und Recht auf Arbeit. — Unser Ruf: Arbeiter, erwachet, seid einig!

Dem Gebot der Stunde folgend, hatten die deutschen und polnischen sozialistischen Parteien für den gestrigen Sonntag in der früheren Reichshalle in Katowice eine Kundgebung gegen die faschistische Gefahr anberaumt. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Veranstaltung hätte der Besuch bedeutend besser sein können. Aber die frühe Morgenstunde — der Saal war für den Nachmittag anderweitig vergeben — und die Kälte, besonders aber der Mangel an warmer Kleidung und Schuhwerk, hatten es somanchem braven Genossen unmöglich gemacht, nach Katowice zu kommen. Trotzdem waren auch von ausserhalb zahlreiche Parteimitglieder dem Rufe gefolgt und waren natürlich zu Fuss gegangen, denn die Krise hat doch alle an der Kette. Auch die auswärtige Jugend war erschienen, aber gerade in der heutigen Situation, wo jede Stunde politische Ueberraschungen bringen kann, hatte man entschieden einen besseren Besuch erwartet. In diesem Falle erwächst den Parteileitungen doppelte Pflicht, ihre Ortsvorstände zur pünktlichen Verbreitung und Kundmachung derartiger Veranstaltungen anzuhalten und die Mitglieder in allen solchen Momenten auf dem Laufenden zu halten. **Jedenfalls ergeht der Mahnruf an unsere polnischen und deutschen Genossen, nicht interesselos danebenzustehen, sondern allen Regungen der Parteien grösste Beachtung entgegenzubringen.**

Die „Reichshalle" war mit sinnvollen Transparenten in deutscher und polnischer Sprache geschmückt, die schon dem Eintretenden bestimmte Ziele der Veranstaltung aufzeigten. Um 10,30 Uhr eröffnete Genosse **Sławik** in polnischer Sprache die Kundgebung, indem er auf deren Zweck hinwies. Im gleichen Sinne begrüsste Genosse **Kowoll** in deutscher Sprache die Erschienenen und gab in kurzen, aber markanten Worten der Gefahr, in welcher die Arbeiterschaft durch den Faschismus lebt, Ausdruck. Dann sangen die Kattowitzer „Freien Sänger" die „Warschawianka".

Hierauf sprach als erster Redner Genosse **Dr. Ziołkiewicz**, welcher in leicht verständlicher Weise die Entwicklungen der Diktaturen behandelte und die Gefahren aufzeigte, welche der Faschismus für die Arbeiterklasse in sich birgt. Am deutschen Beispiel können dafür die besten Beweise erbracht werden. Zum Kampfe gegen diese Gefahr müssen die Arbeiter zusammenstehen und **den Mut haben, offen dagegen aufzutreten.** Wer dies nicht wagt, wird bald an sich selbst die Folgen zu spüren bekommen. Mit einem flammenden Apell schloss Redner seine beifällig aufgenommenen Worte.

In längerer Ausführung schilderte nun Genosse **Dr. Glücksmann** die „neue Sendung" des Faschismus und wies vor allem auf unser Gebiet hin, wo verschiedene Organisationen die „Erlöser" werden wollen. Wie diese Erlösung ausschaut, das beweist der deutsche Faschismus, der, statt den Arbeitern Freiheit und Frieden zu bringen, sie ins Unglück stürzte, aus dem freien Deutschland ein einziges grosses Zuchthaus geschaffen hat. Des weiteren befasst sich der Referent mit der sogenannten „Ständeverfassung", die, wie er nachweist, bereits im Mittelalter existierte, aber aufs schärfste bekämpft wurde und heute, im Jahre 1933, Auferstehung feiern soll. Am österreichischen Beispiel sehen es die Arbeiter, welche Ziele der Faschismus verfolgt und wie der Anschlussgedanke, einst auch von den österreichischen Genossen propagiert, heute, eben an das faschistische Deutschland, fallen gelassen wird. Dies sei vielen deutschen Arbeitern in Polnisch-Schlesien zur Warnung. **Unser Kampf muss bis zum Letzten gehen, die Arbeiter aber mögen endlich erkennen, wo sie hingehören und welche Aufgabe sie zu erfüllen haben.** Reicher Beifall folgte dem Referat.

Auch Genosse **Machej**-Teschen verwies desgleichen auf die ernste Stunde, in der die Arbeiterschaft steht. Er schilderte die Diktaturerscheinungen in Polen und rechnete besonders mit dem Sanacjasystem ab, verwies auf die nationaldemokratische Bewegung, die sonst in Deutschland die grösste Gefahr sahen, jetzt aber mit dem Nationalsozialismus gern zu einer Verständigung kommen möchten. Natürlich auf Kosten der Arbeiter. Hier im Grenzland weiss die Regierung recht wohl, dass sie die Arbeiterklasse braucht, und darum stopft man sie mit Nationalismus, aber nur, um die Gegensätze zu verschärfen. Nur deshalb spricht man noch von einer Demokratie und von Freiheit, um die Arbeiter damit für das herrschende System zu gewinnen. Die deutschen und polnischen Arbeiter haben nur einen Feind, den Kapitalismus, und darum müssen sie zusammenstehen, **um die politische Macht zu erobern und sich selbst eine bessere Zukunft zu bauen.** Auch diesen Ausführungen folgte lebhafter Beifall.

Genosse **Sławik** betonte in seinem Schlusswort, dass der Verlauf der Manifestation erwiesen habe, dass deutsche und polnische Arbeiter nach, wie vor, in der Abwehrfront stehen werden, **sich weder vom Nationalismus, noch vom Antisemitismus ins Schlepptau nehmen lassen. Die heutige Kundgebung ist nur der Anfang einer Kampffront, die in Zukunft ausgebaut, der Arbeiterklasse jene Macht bringen müsse, die die sozialistische Welt erobern wird.**

Begeisterte Freiheitsrufe folgten den Ausführungen, worauf der gemeinsame Sang der „Internationale" die würdig verlaufene Manifestation abschloss.

Die Bestimmungen des polnischen Urlaubsgesetzes

Was den oberschlesischen Angestellten und Arbeitern, trotz Autonomie vorenthalten wird.

Im „Dziennik Ustaw" Nr. 94 vom 1. Dezember 1933 ist das neue polnische Urlaubsgesetz erschienen, das am 1. Januar 1934 Rechtswirksamkeit erhält. Wegen seiner grossen Bedeutung für die Allgemeinheit bringen wir im nachstehenden seine wichtigsten Bestimmungen: Im Artikel 1 des Gesetzes wird bestimmt, dass sämtliche Angestellten gleichgültig ob in Staatsdiensten oder Privatdiensten mit Ausnahme der Saisonarbeiter, deren Beschäftigung im Jahre weniger als 10 Monate dauert, jedes Jahr Anspruch auf einen bezahlten Urlaub besitzen. Unter diese Bestimmung fallen nicht Werkstätten mit vier oder weniger Angestellten. Art. 2 bestimmt, dass der Anspruch auf einen achttägigen bezahlten Urlaub allen Angestellten, die im Art. 1 genannt sind, wenn sie ununterbrochen ein Jahr in einem und demselben Unternehmen beschäftigt sind, zusteht. Nach ununterbrochener 3jähriger Tätigkeit in demselben Unternehmen, dauert der Urlaub 15 Tage. Unter Urlaubstagen sind alle nach einander folgenden Kalendertage, beginnend vom letzten Arbeitstage zu verstehen. Jugendlichen Angestellten unter 18 Jahren gebührt nach einer einjährigen Tätigkeit ein Urlaub in der Dauer von 14 Tagen. Derselbe Anspruch steht allen Lehrlingen zu, wobei auch jene Werkstätten nicht ausgenommen sind, die weniger als 4 Angestellte beschäftigen. Allen Kopfarbeitern in Industrie und Handel steht nach einer halbjährigen ununterbrochenen Tätigkeit in einem Unternehmen ein Urlaub in der Dauer von vierzehn Tagen und nach einer einjährigen Tätigkeit ein Urlaub in der Dauer eines Monates zu. Krankheit und Militärdienst gelten nicht als Unterbrechung der Tätigkeit. Art. 3 bestimmt, dass ein Angestellter den Urlaubsanspruch verwirkt, wenn er selbst kündigt oder wegen seiner Schuld gekündigt wird. Artikel 4 regelt die Höhe der Bezüge während des Urlaubes und zwar muss der Angestellte während seines Urlaubes die gleichen Bezüge erhalten wie während seiner Tätigkeit. Bei Akkord- und Stücklöhnen wird der Durchschnittslohn der letzten drei Monate zur Richtschnur genommen. Lehrlinge müssen eine Entlohnung bekommen, die nicht kleiner sein darf, als sie von der Krankenkasse im Erkrankungsfall bekommen würden. Art. 5 bestimmt, dass in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September mindestens 50 Prozent der Angestellten eines Unternehmens ihren Urlaubsanspruch ausgenützt haben müssen. Artikel 6 betimmt, dass vorstehende Urlaubsvorschriften auf die Dauer des Kalenderjahres ausser Kraft gesetzt werden können, wenn dies durch eine Staatsnotwendigkeit oder wirtschaftliche Verhältnisse erforderlich wird. Art. 7 besagt, dass die Auflösung eines Arbeitsvertrages für die nächsten drei Monate nicht als Arbeitsunterbrechung angesehen werden darf, die den Arbeiter seines Urlaubsanspruches beraubt. Kollektivverträge, in denen bezahlte Urlaube unter besseren Bedingungen als in diesem Gesetz angeführt sind, verabredet sind, bleiben in Kraft. Uebertretungen der Bestimmungen dieses Gesetzes ziehen Geldstrafen bis zu 100 Złoty oder Arreststrafen bis zu einem Monat nach sich.

Wie wird gearbeitet

Ueber den Beschäftigungsgrad in Polen liegen jetzt die statistischen Zahlen für den letzten Monat vor. Darnach sind in Polen insgesamt 678 000 Arbeiter beschäftigt. Interessant ist die Art der Beschäftigung, wie sich in der Zahl der geleisteten Arbeitstage in der Statistik wiederspiegelt. In dieser Zusammenstellung sind alle Betriebe zusammengenommen, die über 20 Arbeiter beschäftigen, und zwar im Bergbau, Hüttenwesen, weiterverarbeitende Industrie, schliesslich auch die Beschäftigten auf der Eisenbahn, in den Monopolen und in den Militär- und Staatsbetrieben. Den grössten Rückgang weist die Beschäftigung im Bergbau auf, die noch Oktober 1932 etwa 109 000 Beschäftigte aufwies und jetzt auf 94 000 zurückgegangen ist. Die Zahl der bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigten ist im Verlauf des letzten Jahres von 25 auf 82 000 gestiegen, ein Beweis, dass die Notstandsarbeiten wachsen, während die Industriearbeit immer weiter sinkt. Von diesen Arbeitern wiederum sind aber etwa 358 000 nur von 1 bis 3 Tage in der Woche beschäftigt, während nur 248 00 sechs Tage arbeiten, der Rest zwischen 1 bis 5 Tagen in der Woche.

Nach diesen Beschäftigungszahlen kann man sich leicht vorstellen, in welcher Notlage sich die Arbeiterklasse befindet. Noch interessanter wäre es, zu erfahren, wie sich die Arbeitsweise im Lohn ausdrückt, wenn man obendrein die Soziallasten vom Lohn abzieht, wie hoch sich das Arbeitseinkommen im Durchschnitt stellt, um dann ermessen zu können, wie sich all das auf die Wirtschaftsgestaltung und damit auch auf die Krisenauswirkung ergibt. Jedenfalls sind wir noch auf Jahre hinaus weit davon entfernt, normale Zustände zu erleben.

Umgestaltung der Interessengemeinschaft

Neue Männer in die Leitung der Werke? — Flicks Sekretär als deutscher Vertreter

Dieser Tage weilten der Generalbevollmächtigte des amerikanischen Kapitals Irving Rossi und der Privatsekretär des deutschen Grossindustriellen Flick, Dr. Brun, in Warschau. Beide Bevollmächtigten hielten mehrere Besprechungen mit Regierungsvertretern über die finanzielle Reorganisierung sowie über die Schuldenfrage und die Steuerlasten des Konzerns ab. An den vertraulichen Sitzungen nahm auch der schlesische Wojewode Dr. Grażyński teil. Nach den Warschauer Besprechungen wurden weitere Konferenzen in Katowice mit den gegenwärtigen Direktoren der Interessengemeinschaft Schnapka, Radowski und Przybylski geführt. Daraufhin begaben sich Rossi und Dr. Brun nach Beuthen, wo sie weitere Konferenzen mit den geflüchteten Direktoren Tomalla und Rohde, die sie hier erwarteten, führten. Wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, ist bei den Warschauer Besprechungen die Frage der Rückkehr der Direktoren Tomalla und Rohde, die Vertrauensmitglieder des deutschen Kapitals in der Interessengemeinschaft waren, erörtert worden. Der Vorschlag wurde durch Dr. Brun vorgebracht, doch wurde er abschlägig erledigt. Da Dr. Brun während der Zeit seines Aufenthaltes in Katowice sich nach einer ständigen Wohnung umsah und schliesslich sich entschloss, die Wohnung des Direktors Tomalla zu beziehen, wird vermutet, dass der Grossindustrielle Flick in den nächsten Tagen Dr. Brun mit der Agenda der geflüchteten Direktoren Tomalla und Rohde betrauen wird. Wie wir weiter erfahren, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft in den nächsten Tagen an die deutsche Gerichtsbehörde den Antrag auf Auslieferung der geflüchteten Direktoren Tomalla und Rohde zu stellen.

Aus Gross-Kattowitz

Bevölkerungsbewegung in Gross-Kattowitz. — 10 Monate Gefängnis für kommunistische Umtriebe. — Lebensmittelausgabe an erwerbl. Nachzügler.

Am 1. Dezember zählte Gross-Kattowitz zusammen 128.805 Einwohner. In der gleichen Zeit wurden 184 neue Ehen geschlossen. Die Geburtsziffer betrug 103 Knaben und 79 Mädchen. Es handelte sich um 180 Lebens- und 2 Totgeburten. Verstorben sind im Berichtsmonat November 136 Personen, darunter befanden sich 18 Auswärtige, welche in Kattowitz vorübergehend verweilten. Nach Gross-Kattowitz sind 691 Personen zugewandert und 697 Personen aus Kattowitz nach anderen Ortsteilen, sowie nach dem Ausland, fortgezogen.

Durch das Kattowitzer Gericht wurde der Erwerbslose Alfred Piecha aus Schoppinitz wegen kommunistischer Umtriebe zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte soll sein Betätigungsfeld bis auf den Rybniker Kreis ausgedehnt haben. Es hiess ferner, dass er einige Male in Sowjetrussland verweilte, wo er die erforderlichen Instruktionen einholte. Während der Angeklagte eine Schuld nicht zugab, lauteten die Zeugenaussagen belastend. Das Urteil lautete, wegen kommunistischer Betätigung, wie bereits oben erwähnt, auf 10 Monate Gefängnis.

Am Freitag, den 15. d. Mts., werden an die erwerbslosen Nachzügler die Dezember-Lebensmittel im Rathaus Zawodzie, ulica Krakowska, ausgegeben. Es handelt sich um solche Leute, welche infolge Krankheit die Lebensmittel nicht abholen konnten. Selbstverständlich müssen ärztliche Atteste beigebracht werden, aus welchen ersichtlich ist, dass der Arbeitslose auch tatsächlich krank gewesen ist. Die Ausgabe erfolgte in der Zeit von 8 bis 12 Uhr. Die Arbeitslosenkarten sind mitzubringen.

Deutsche Theatergemeinde. Heute Montag, den 11. d. Mts. abends 8 Uhr gelangt die Wiederholung „Der Raub der Sabinerinnen", ein Lustspiel von Franz und Paul von Schönthan zur Aufführung.

Die Erstaufführung, welche vor fast ausverkauftem Hause stattfand, hatte einen stürmischen Heiterkeitserfolg aufzuweisen und kann der Besuch dieses Lustspiels nur bestens empfohlen werden.

Eintrittskarten sind noch an der Theaterkasse (Telephon 1647) zu haben.

Befreiung der Arbeitslosen von der Versicherungspflicht

Die Abteilung für Versicherungswesen beim Kattowitzer Magistrat teilt mit, dass nach den Abänderungsbestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes sämtliche Arbeitslose, die vorschriftsmässig beim Arbeitsvermittelungsamt eingetragen sind, während der Zeit ihrer Beschäftigungslosigkeit vom Kleben der Versicherungsmarken befreit sind. Zu diesem Zwecke muss vom Magistrat oder der Gemeindeverwaltung eine beglaubigte Bescheinigung beigebracht werden, woraus ersichtlich ist, 1) dass der Antragsteller tatsächlich arbeitslos ist, 2) dass er vorschriftsmässig in der Arbeitslosenevidenz registriert ist, 3) von keiner Seite irgendwelche Geldmittel empfängt und 4) eine Unterstützung durch das zuständige Arbeitslosenamt empfängt. Die Quittungsbücher müssen jedoch bei den betreffenden Arbeitslosenämtern zur Abstempelung vorgelegt und bei den einzelnen Ausstellungsbüros des Magistrats usw. umgetauscht werden. Bei der Abstempelung und dem Umtausch müssen stets die Arbeitslosen-Legitimationskarten vorgelegt werden. Im eigensten Interesse werden die Arbeitslosen gut tun, die geltenden Versicherungsbestimmungen genau innezuhalten, da in der Regel Beanstandungen nicht berücksichtigt werden und den Betreffenden ihre Invalidenansprüche verloren gehen können.

Königshütte und Umgebung

Langjähriger Steuerstreit zu Gunsten der Stadt Königshütte entschieden.

Zwischen der Stadt Königshütte und Kattowitz schwebt seit mehreren Jahren ein Streit über die Verteilung von Steuern der Skarboferme, der durch einen Beschluss des Wojewodschaftsrates in Kattowitz entstanden ist. Durch eine Entscheidung des Wojewodschaftsrates wurde der Vorteil an der Steuereinnahme der Stadt Königshütte, den sie auf Grund der Zuständigkeit der Verteilung der Steuern der Skarboferme hatte, entzogen, und der Stadt Kattowitz zugeschrieben. Die Begründung wurde damit geführt, dass die Skarboferme wohl den Sitz der Verwaltung in Königshütte habe, aber in Kattowitz registriert ist. Aus diesem Grunde wurde der Stadt Kattowitz die Berechtigung der Verteilung der Steuern vorzunehmen zugesprochen, weil dort das Unternehmen registriert ist. Für die Stadt Königshütte war diese Entscheidung von schwerer Bedeutung, weil sie demnach verpflichtet war, die in den letzten Jahren gezogenen Steuern in einer Höhe von 500.000 Zloty an die Stadt Kattowitz abzuführen. Weil aber die Stadt Königshütte noch dadurch im Schaden war, dass durch den Grubenabbau das umliegende Gelände stark gelitten und beschädigt und es um die Ausdehnungsmöglichkeit gebracht wurde, hat die Stadt Königshütte den Entscheid des Wojewodschaftsrates seinerzeit nicht anerkannt und das Anfechtungsverfahren beim Obersten Verwaltungsgericht in Warschau eingeleitet. Die Interessen der Stadt hat Landrichter **Dr. Urbanowicz** vertreten. Das Oberste Verwaltungsgericht fällte dieser Tage eine Endgültige Entscheidung dahin, dass der von der Stadt Königshütte vertretene Standpunkt, wonach der Sitz des Unternehmens für die Steuerverteilung ausschlaggebend sein musste, richtig sei. Somit fällt der Stadt Königshütte die Verpflichtung die zurückliegenden Steuern in Höhe von 500.000 Zloty zurückzuzahlen, fort. Für die Zukunft wird die Verteilung der Steuern besonders gesetzlich geregelt.

Beschlüsse des Magistrats.

In der letzten Magistratssitzung wurde u. a. mitgeteilt, dass seitens der Wojewodschaft **als erste Rate 800 Tonnen Kohle** für die Königshütter Arbeitslosen angewiesen worden sind. Die Kohle wird in den nächsten Tagen eintreffen und die Art der Verteilung noch rechtzeitig bekanntgegeben werden. — Für die **Gewährung der verschiedenen Weihnachtsbeihilfen** konnte seitens der Stadt nur ein Betrag von 54.000 Zloty aufgebracht werden. Davon werden erhalten: die Suppenküchen 20.000 Zloty, für die Auszahlung einer geldlichen Unterstützung werden dem lokalen Komitee des Arbeitsfonds 22.000 Zloty überwiesen, für die Aufständischen und deren Hinterbliebenen 6000 Zloty und für die Abhaltung von Weihnachtsfeiern für arme Kinder in den Volksschulen 5000 Zloty. In Verbindung damit hat sich die Stadtverwaltung an die Wojewodschaft um Zuwendung von Schuhwerk und Bekleidungsstücken gewandt. — Betreffend der geplanten Eingemeindung von Chorzow zu Königshütte, wird die Gemeinde Chorzow eine Protestversammlung abhalten.

Wer ist der Tote?

Der Königshütter Polizei wurde gemeldet, dass sich an der Eisenbahnstrecke Neuheiduk und Bismarckhütte eine männliche Leiche befindet. Am Tatort wurde festgestellt, dass der junge Mann infolge Unvorsichtigkeit beim Kohlendiebstahl von fahrenden Waggons abgestürzt ist und überfahren wurde. Da der Tote keine Papiere bei sich führte, konnten bis jetzt die Personalien nicht festgestellt werden. Es handelt sich um einen etwa 26 Jahre alten Mann mit längerem schwarzen Haar. Die Kleidung bestand aus einer schwarzen Winterjoppe, gestreifter Hose und einer Schildmütze. Ausserdem weisst die Leiche eine Tätovierung K. W. auf. Zweckdienliche Angaben werden von der Polizei in Königshütte, Zimmer 6, entgegengenommen.

Auszahlung von Unterstützungen.

Alle männlichen Arbeitslosen, die Unterstützung aus der „Akcja państwowa" beziehen und die weiblichen Erwerbslosen, die aus der „Akcja wojewodzka unterstützt werden, haben sich zur Empfangnahme der Unterstützungssätze nach folgendem Plan zumelden: Am Mittwoch den 13. Dezember, mit den Anfangsbuchstaben A—J, Donnerstag, den 14. Dezember von K—P, am Freitag, den 15. Dezember von R—Z. Die Arbeitslosenkarten sind mitzubringen.

Billige Einkaufsquellen

Wir empfehlen unseren geschätzten Abonnenten und Mitgliedern, bei ihren Einkäufen in erster Linie die bei uns inserierenden Firmen zu bevorzugen.

„Textyl", Katowice, Rynek 5, Ecke Zamkowa und 3-go Maja 8 und 10, bietet Ihnen eine grosse Auswahl in Damen- und Herrenstoffen, Seiden, Leinen, Baumwollwaren, wie auch elegante Damenmäntel und Kleider nach neuesten Wiener und Pariser Modellen. Solide Bedienung, billige Preise — —

Benno Kutner Sp. z ogr. odp. Katowice, Ring 12, — empfiehlt Modewaren, Seiden, Wollstoffe, Gardinen, Tischdecken, sowie alle Textilwaren. Niedrigste Preise. Reelle Bedienung.

Deutsches Theater Königshütte.

Donerstag, den 14. November, 20 Uhr: 5. Abonnementsvorstellung „Der Raub der Sabinerinnen", Lustspiel von Schönthan. Der Vorverkauf beginnt heute. — Sonntag, den 17. Dezember: 1. Kindervorstellung „Schneeweisschen und Rosenrot" um 15.30 und die Operette „Der Mikado" um 20 Uhr. Der Vorverkauf für die Kindervorstellung ist im Gange. Der Kartenverkauf für die Operette beginnt am Dienstag.

Siemianowitz und Umgebung

Aus dem Parteileben

DSAP und Arbeiterwohlfahrt veranstalteten am Freitag eine Mitgliederversammlung, zu der sich auch einige Genossen aus der Umgegend eingefunden haben. Nach der Begrüssung durch den Vorsitzenden und Verlesung des Protokolls, erteilte der Vorsitzende dem Referenten Sejmabgeordneten Genossen Kowoll das Wort, der über die politische Lage ein ausführliches Bild gab, insbesondere die Entwicklung in der Wojewodschaft schilderte, wobei er insbesondere die Behandlung der deutschen Arbeiter bei den Entlassungen entschieden verurteilte. Aber es zeige sich, welche Früchte die nationalistische Welle zeitige, die insbesondere von einem Teil des deutschen Bürgertums als „Aufstieg zur Volksgemeinschaft" gefeiert wird. Man drischt patriotische Phrasen, renommiert über die Erfolge in der Presse und wundert sich dann, dass die Gegenseite systematisch alles beseitigt, was sich zum Deutschtum zählt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass nicht alle Arbeiter der Hitlerpsychose verfallen sind. Die deutschen Gewerkschaften haben es nicht verstanden, den Schutz der Arbeiterschaft durchzusetzen, sie sind genau so dem nationalen Fimmel verfallen, und jetzt sind die Folgen da. Nur die Zusammenarbeit deutscher und polnischer Arbeiter kann den nationalistischen Geist beseitigen und jene Gleichberechtigung durchführen, die auch dem deutschen Arbeiter die Arbeitsstätte sichert. Redner schildert dann die Kriegsgefahren und die Verwickelungen in der internationalen Politik, die das Ergebnis der faschistischen „Erfolge" ist. Aber das Erwachen der Arbeiterklasse wird kommen, und auch der Hitlerbanditismus wird ein schmähliches Ende finden, wass allerdings von der politischen Aktivität der Arbeiterklasse abhängig ist. Redner gab dann einen Ueberblick über die sozialistische Aufwärtsbewegung und forderte zum Aushalten aus, denn auch bei uns wird der Tag der Abrechnung kommen und der Sozialismus über den Nationalismus Sieger sein. Der Vorsitzende ergänzte die Ausführungen des Referenten und forderte insbesondere zur Werbeaktion für die Arbeiterpresse auf, die uns die einzige Stütze in diesem Kampf ist. Nach Besprechung interner Angelegenheiten, wurde die Sitzung nach mehrstündiger Dauer mit dem „Freiheitsgruss" geschlossen.

Vom Magistrat. Der Magistrat genehmigte in seiner letzten Sitzung den Antrag des Bäckermeisters Chmiel auf Einrichtung einer Bäckerei auf der ul. Matejki. Dem Verband blinder Künstler aus Kattowitz, welcher hier eine Theaterveranstaltung abhalten will, wurden auf Antrag die Steuern erlassen. Eine grössere Anzahl von Anträgen auf Erlass von Militärsteuern kamen am Schluss der Sitzung zur Erledigung.

Weihnachtsvorbereitungen. Intensiver als in anderen Monaten arbeiten die Spitzbuben und Einbrecher im Weihnachtsmonat. In der vergangenen Woche sind wieder einige grosse Wohnungseinbrüche verübt worden, so in der Wohnung des W. Bialas, wo wertvolle Kleidungsstücke, und in die Wohnung der Frau Isterwicz, wo Kleidung und Wertsachen gestohlen wurden. Darum sollte jeder durch erhöhte Vorsicht sich vor Schaden bewahren.

Direktor Zieleniewski bei der Interessengemeinschaft. Der bisherige Direktor der Fitznerschen Kesselfabrik ist ab 1. Dezember als Generalsekretär in die Dienste der Interessengemeinschaft eingetreten. Die Arbeiter der Kesselfabrik werden ihm wohl den Segen hierzu geben, denn gutes für sie hat er wohl nicht gestiftet.

Ein unwürdiger Zustand. Schon einige Monate haust in einem offenen Musikpavillon in Siemianowitz eine merköpfige Arbeitslosenfamilie und ist der Kälte schutzlos ausgesetzt. Man sollte es nicht für möglich halten, dass diesen armen Leuten kein Obdach gegeben werden kann. Vielleicht wird man sich daran erinnern, wenn die Familie erfroren sein wird. Und dies geschieht im Zeichen der Wohltätigkeitsfeste und Weihnachtshilfe.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Lipine. Bund für Arbeiterbildung. Am Montag, den 11. Dezember, abends 6 Uhr, bei Machon, Vortrag des Genossen Sejmabgeordneten **Kowoll**. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen, besonders aus Schlesiengrube und Umgegend ist Pflicht

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia, Ludowa", Spółdz. z odp udz., Katowice